

Schwarzwälder Tageszeitung

Geegründet
1877

„Aus den Tannen“

Fernsprecher
Nr. 11

Zentralblatt für den Oberamtsbezirk Nagold und Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt

ersch. wöchentlich 6 mal. Bezugspreis: monatlich 1.80 Mark. Die Einzelnnummer kostet 10 Pf. Anzeigenpreis: Die einspaltige Zeile oder deren Raum 15 Goldpfennige, die Reklamezeile 45 Goldpfennige. Wochenspenden der Zeitung folgende: Höherer Gewalt od. Betriebsführung besteht kein Anspruch auf Verzehrung. Postfachkonto Stuttgart Nr. 5781. — Für telephonisch erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr.

Nr. 154

Altensteig, Mittwoch den 6. Juli

1927

Die Zollvorlage

Es ist anzunehmen, daß das Gesetz über die Zolländerungen im Reichstag mit einfacher Mehrheit angenommen wird. Dann bleibt aber hinter dem Ganzen immer noch das große Rätsel des Reichstags, der bekanntlich mit 37 gegen 51 Stimmen den geplanten Erhöhungen des Zollltarifs seine Zustimmung verweigert hat. Da der Reichstag nach der Verfassung das Recht hat, gegen die vom Parlament verabschiedeten Vorlagen Einspruch zu erheben, die dann nur Gesetzeskraft erhalten können, wenn der Reichstag sie in einer zweiten Abstimmung mit Zweidrittelmehrheit annimmt, so wäre die Vorlage erledigt, wenn der Reichstag von diesem Recht Gebrauch machen würde. Nun besteht in den Kreisen der Regierungsparteien die Hoffnung, daß die sächsische Regierung, die ja durch den Zutritt eines Deutschnationalen ein anderes Gesicht bekommen hat, ihren Berliner Gesandten mit abgeänderten Instruktionen versehen werde, was im Reichstag zu einer knappen Mehrheit für die Regierungsvorlage führen würde.

Es erscheint uns einigermassen riskant, auf so unsicheren Hoffnungen eine bedeutende Gesetzgebungskraft aufbauen zu wollen, wie es doch die Zollvorlage schließlich ist. Der richtigere, allerdings auch schwierigere Weg wäre der, zu versuchen, den Gegner von der Notwendigkeit der Zolländerungen zu überzeugen. Wir haben schon verschiedentlich betont, daß die Zollpolitik kein „Ding an sich“ ist, sondern daß alle Fragen, die in diesen Komplex gehören, nur im Zusammenhang mit der weltwirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Situation gelöst werden können. Man kann nicht Schutzoll oder Freihandel um ihrer selbst willen betreiben, beide sind nur Mittel zum Zweck, der ausschließlich in tunklichster Förderung der eigenen Volkswirtschaft zu liegen ist. Wenn die ganze Welt, mit der Deutschland im Güteraustausch steht, Hochschutzzollpolitik betreibt, kann Deutschland in seiner Wirtschaftspolitik keine freihändlerischen Methoden anwenden.

In dem besonderen Falle des vorliegenden Zollgesetzes kommt aber noch ein Zweites hinzu. Sowohl auf dem Gebiete der Kartoffel-, wie der Zudererzeugung ist Deutschland sehr wohl in der Lage, nicht nur den eigenen Bedarf zu produzieren, sondern darüber hinaus auch noch erhebliche Ueberflüsse für den Export zu erzielen. Bei der Kartoffel hat sich der Export allerdings in den letzten Jahren nicht mehr als lohnend erwiesen. Immerhin aber hat die deutsche Landwirtschaft ausföhrliche Versuche unternommen, um die Einfuhr von Frühkartoffeln, die sich nach den Durchschnittsziffern der letzten Jahre auf etwa 360 000 Tonnen rechnet, überflüssig zu machen. Diese Versuche sollen geschützt werden durch die Heraushebung des autonomen Kartoffelzolls auf 1 Mark, wobei immer zu beachten bleibt, daß es sich hierbei nicht etwa um einen Mindestzoll handelt, der nicht mehr gesenkt werden könnte. Da im übrigen auch der erhöhte Kartoffelzoll erst vom 1. Dezember an in Kraft treten soll, kann er auf die Preisbildung für unsere eigene inländische Produktion garnicht mehr einwirken, so daß alle Gesichtspunkte, die man vom Standpunkt des Konsumenten aus gegen erhöhte Nahrungsmittelzölle geltend machen kann, für ihn nicht in Frage kommen. Ähnlich steht es übrigens auch mit dem Zuderzoll, dessen Erhöhung lediglich eine Kompensation für die beabsichtigte Senkung der Zudersteuer darstellt. Auch hier liegen die Dinge so, daß unsere eigene Industrie sehr wohl in der Lage ist, den Bedarf Deutschlands zu decken. Sie wird aber z. B. außerordentlich geschädigt durch die polnische und tschechische Zuderindustrie, die beide nach Deutschland mit Hilfe von staatlichen Exportprämien Zuder zu einem Preise einführen, zu dem die deutsche Zuderindustrie nicht produzieren kann. Um nun den deutschen Zuderproduzenten auf dem Inlandsmarkt größere Absatzmöglichkeiten zu verschaffen, um sie gleichzeitig aber auch gegen die Schleuderkonkurrenz des Auslands zu schützen, soll die Zudersteuer ermäßigt, zugleich aber der Zuderzoll im entsprechenden Umfange erhöht werden. Man hofft dadurch, den Zuderpreis erheblich senken zu können, was den Inlandsverbrauch zweifellos steigern würde.

Von preissteigernder Wirkung kann also bei diesen beiden am meisten umstrittenen Zollpositionen keine Rede sein. Soweit eine Preissteigerung spekulativer Natur eintritt, werden Mittel und Wege gefunden werden müssen, sie zu verhindern. Im ganzen meinen wir, daß auch für Preußen ein wirklich reichhaltiger Grund zur Ablehnung der Zolländerungen, die sich übrigens in beiderseitigen Grenzen hal-

ten, nicht vorliegt und daß der Reichstag den Interessen der deutschen Volkswirtschaft am besten dienen würde, wenn er von seinem Einspruchsrecht keinen Gebrauch machte.

Steuerliche Nacherhebungen

Dem Reichstag ist seitens des Reichsministers der Finanzen eine Uebersicht vorgelegt worden, die das Ergebnis der im Rechnungsjahre 1926 vorgenommenen Buch- und Betriebsprüfungen zusammenfaßt. Insgesamt wurden 87 706 Fälle untersucht und an Mehrsteuern der städtische Beitrag festgesetzt für Reichsteuern mit 98 908 888 R.M. und für Landes- und Kirchensteuern mit 10 266 071 R.M. An Strafen wurden insgesamt 4 898 843 R.M. verhängt. Das Mehr ankommen von über 98 Millionen R.M. an Reichsteuern verteilt sich auf die Einkommensteuer mit 46 102 662 R.M., auf die Körperschaftsteuer mit 17 592 654 R.M., auf die Umsatzsteuer mit 19 413 046 R.M., auf die Vermögenssteuer mit 5 711 591 R.M. und auf die sonstigen Reichsteuern mit 10 088 935 R.M. Geldstrafen wurden erhoben für nachträgliche eingezogene Steuern bei der Einkommensteuer mit 1 920 062 R.M., bei der Körperschaftsteuer mit 372 203 R.M., bei der Umsatzsteuer mit 2 440 500 R.M., bei der Vermögenssteuer mit 50 274 R.M. und bei sonstigen Reichsteuern mit 115 804 R.M. Aus der Liste der Landesfinanzämter seien einige angeführt, bei denen sich die Ziffern wie folgt verteilen:

Landesfinanzamt Berlin: Zahl der Fälle: 9538, Gesamtsumme des festgesetzten Mehr an Reichsteuern: 25 492 179 Mark, an Landes-, Kirchen- usw. Steuern: 6 479 583 R.M., an Geldstrafen: 717 197 R.M.;
Landesfinanzamt Breslau: (in voriger Reihenfolge) 64 82, 7 908 178 R.M., 371 841 R.M., 236 391 R.M.;
Landesfinanzamt Hannover: 14 851, 4 193 073 R.M., 93 934, 303 627 R.M.;
Landesfinanzamt Karlsruhe: 972, 2 306 773 R.M., 47 242 R.M., 78 165 R.M.;
Landesfinanzamt München: 2177, 2 927 387 R.M., 228 290 R.M., 356 902 R.M.;
Landesfinanzamt Nürnberg: 1027, 1 468 081 R.M., 131 748 Mark, 31 130 R.M.;
Landesfinanzamt Stuttgart: 2220, 1 741 901 R.M., 31 366 Mark, 457 305 R.M.

Aus der Aufstellung geht hervor, daß das Landesfinanzamt Hannover mit 14 851 Fällen an der Spitze sämtlicher Landesfinanzämter steht. Das Landesfinanzamt Unterweier steht mit 382 untersuchten Fällen an letzter Stelle. Die meisten Reichsteuern wurden im Landesfinanzamt Berlin mit fast 25,5 Millionen R.M. nachbezahlt. Erst in weitem Abstand folgt der Bezirk Breslau mit 7 908 178 R.M.; an letzter Stelle steht der Landesfinanzamtsbezirk Oldenburg mit 293 897 R.M. Die meisten Strafen wurden verhängt in Berlin mit 717 197 R.M., an zweiter Stelle folgt der Landesfinanzamtsbezirk Münster mit 533 695 R.M.; an letzter Stelle steht hier der Landesfinanzamtsbezirk Unterweier mit 8580 R.M., der auch hinsichtlich der Zahl der untersuchten Fälle an letzter Stelle steht. Leider lassen sich die Vergleiche nicht voll auswerten, da für die einzelnen Landesfinanzämter die Zahl der Steuerpflichtigen nicht angegeben ist.

Die Tabelle ist außerordentlich interessant und zeigt, daß es in jedem Landesfinanzamtsbezirk Steuerfönder gibt. Sie beweist auch, daß sich der Buch- und Betriebsprüfungsdienst für die Finanzverwaltung rentiert. Auf der anderen Seite dürfte aber auch aus den Zahlen zu folgern sein, daß mit Zunahme der Steuerlasten die Steuermoral sinkt, zeigen doch auch schon die Nachprüfungen für das Rechnungsjahr 1925 79 752 untersuchte Fälle mit einer Gesamtsumme festgesetzter Mehrsteuern von 98 Millionen R.M. und einer Gesamtsumme festgesetzter Geldstrafen von 7,5 Millionen R.M. Schließlich aber wird man angesichts der vielen Klagen des Handwerks über die Steuererhöhungen auch hier in manchen Fällen von einem blinden Eifer sprechen können, der zu Schaden führen muß.
R. S.

Lesen Sie

unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“, überzeugen Sie sich von der Vielseitigkeit des darin Gebotenen und bestellen Sie diese. — Alle Agenten und Aussträger sowie die Geschäftsstelle nehmen fortgesetzt Bestellungen entgegen.

Neues vom Tage.

Zentrum und Verfassungstag

Berlin, 5. Juli. Da sich die Zentrumsfraktion des Reichstags gestern u. a. mit der Frage der Schaffung eines Verfassungstags beschäftigte, verdienen die Ausführungen, die die „Germania“ heute zu dieser Frage machte, besondere Beachtung: Die Reichstagsfraktion, so heißt es darin, vertritt in Uebereinstimmung mit der Auffassung unserer gesamten Wählerschaft die Meinung, daß es der Würde der deutschen Nation entspricht, einen Verfassungstag einzuführen. So sehr wir die Bedenken würdigen, die gegen die Festsetzung an einem Wochentage zur Zeit bestehen, möchten wir doch als unsere private Meinung den Gedanken unterliehen, den Tag des Inkrafttretens der Verfassung selbst als Verfassungstag zu begehen, in der Hoffnung, daß im nicht allzu ferner Zeit ein deutscher Nationalfeiertag aus ihm wird.

Der Nationalfeiertag vor dem Rechtsauschuß

Berlin, 5. Juli. Im Rechtsauschuß des Reichstages wurde gegen die Stimmen der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei und der Bayerischen Volkspartei auf sozialdemokratischen Antrag beschlossen, sofort den sozialdemokratisch-demokratischen Antrag zu beraten, wonach der 11. August zum Nationalfeiertag erhoben werden soll. Das Zentrum hatte der Beratung zugestimmt unter der Voraussetzung, daß der allgemeinere Antrag des Zentrums über die den Nationalfeiertag und die Feiertage überhaupt mitberaten werde. Die Redner der Sozialdemokraten und Demokraten wandten sich gegen den Zentrumsantrag, der die Feier des Verfassungstages auf den Sonntag nach dem 11. August legen will. Die Weiterberatung wurde auf Donnerstag vertagt.

Programmrede des bayerischen Finanzministers

München, 5. Juli. In der heutigen Plenarsitzung des bayerischen Landtags hielt der neue bayerische Finanzminister Dr. Schmelze seine erste Rede als Minister, wobei er auf die außerordentlichen Schwierigkeiten des laufenden Etatsjahres hinwies. Weitere Ausgaben seien nur bei gleichzeitiger Beschaffung der Deckung möglich. Der letzte vorläufige Finanzausgleich sei unbefriedigend und ungeeignet. Dem sogenannten Entbehrungsfaktor von 20 % fehle jede Berechtigung. Der Referentenentwurf für das Steuervereinfachungsgesetz sei in dieser Hinsicht eine Unmöglichkeit. Die bayerische Staatsregierung werde an der Verwirklichung der berechtigten Gedanken dieses Gesetzes gerne mitarbeiten, könne aber einen Entwurf nicht unterstützen, der die letzten Reste finanzieller und damit staatlicher Selbständigkeit beseitigen würde. Der Minister erkannte die Notwendigkeit einer Erhöhung der Beamtenbesoldung an, betonte aber, daß sie an der Leistungsfähigkeit des Staats ihre Grenze finde. Das Reich müsse für genügende Deckung sorgen. Dann wandte sich der Minister gegen die Bestrebungen der Unitaristen und führte aus, daß wir ein einiges Reich aber kein Einheitsreich brauchen. Der Unitarismus müßte dem Deutschen Reich zum Unlegen werden. An der Spitze aller Finanzausgleichsverhandlungen müsse die Erwägung stehen, daß das agrarische Bayern eine Kraftquelle für das industrialisierte Reich bedeute.

Französisch-italienische Zwischenfälle

Paris, 5. Juli. Die Morgenblätter berichten wiederum von zwei Zwischenfällen an der französisch-italienischen Grenze. Im Gebiet des Mont Cenis, wo nach den Behauptungen der französischen Presse die italienischen Offiziere Franzosen, die auf italienischer Seite Grundbesitz haben, zum Verlassen ihrer Häuser für die Dauer von Schießübungen der italienischen Artillerie veranlaßt haben, soll nach dem „Journal“ am 3. Juli vormittags 5 Uhr ein italienischer Offizier auch die Bewohner der Alpenhütte im Kaders zum Verlassen ihrer Behausung gezwungen haben. Nach einer Meldung des „Petit Parisien“ hat am Sonntag vormittag ein italienischer Carabinieri in der Gegend des Mont Cenis drei Schüsse auf zwei Arbeiter, die sich 200 Meter von der Grenze entfernt auf französischem Gebiete befanden, abgegeben.

Kein Einspruch der Mandatskommission

Genf, 4. Juli. Die Mandatskommission, welche gegenwärtig in Genf tagt, hat zu Händen des Völkerverbands die Erklärung abgegeben, daß sie, wenn man von allen politischen Erwägungen absehe, keine Einsprüche gegen die Ernennung eines weiteren Mitglieds der Mandatskommission

hon erbeide und daß sie auch nichts dagegen habe, daß dieses Mitglied reichsdeutscher Nation sei. Der Völkerrundrat wird voraussichtlich in der kommenden Septembersession ein deutsches Mitglied ernennen.

England für Benennung von Militärattachés der Mittelmächte

London, 5. Juli. Daily Telegraph schreibt: Die britische Regierung hat beschlossen, die normals feindlichen Regierungen einzuladen, Militärattachés bei ihren verschiedenen Botschaften und Gesandtschaften zu ernennen. Man ist der Ansicht, daß Gegenseitigkeitsbehandlung in einer solchen Sache das einzig mögliche Verfahren ist, und britische Militärattachés sind bereits in den betreffenden Hauptstädten ernannt worden. Die britische Regierung hat sich niemals die französische Ansicht zu eigen gemacht, daß Paragraph 1 des Artikels 179 des Versailler Vertrags Deutschland verbietet, Militärattachés ins Ausland zu entsenden und sie hat dies bereits 1920/21 klar und deutlich zu verstehen gegeben. Ungarische und deutsche Offiziere sind gegenwärtig hier entweder als Besucher oder zu Studienzwecken. Italien nimmt die gleiche Haltung ein wie Großbritannien.

Erfolge der Spanier in Marokko

Madrid, 5. Juli. Nach einem offiziellen Communiqué aus Marokko haben die spanischen Truppenabteilungen im Verlaufe ihrer gestrigen Operationen eine große Anzahl Aufständischer mit ihren Familienangehörigen gefangen genommen. Es hat den Anschein, daß der letzte Akt und dem Zusammenbruch nahe ist.

Verhandlungen zwischen deutschen und englischen Industrievertretern

Berlin, 5. Juli. Ueber die in Berlin wieder aufgenommenen Verhandlungen zwischen Vertretern der englischen und deutschen Industrie wird u. a. mitgeteilt: Die von der Weltwirtschaftskonferenz behandelten Fragen der Befreiung der Ein- und Ausfuhrverbote, der Vereinfachung und Vereinfachung der Zollnomenklatur und des Ausbaus der internationalen Handelsstatistik sind besonders akut. Beide Verbände werden deshalb bei ihren Regierungen vorstellig werden, damit sie die Lösung der vorliegenden Aufgabe mit allen Kräften und mit möglicher Beschleunigung in Angriff nehmen. Die Verhandlungen werden noch fortgesetzt.

Das Schicksal der Regierung in Mecklenburg-Schwerin

Schwerin, 5. Juli. Der Antrag der Rechtsparteien auf Abberufung des Ministeriums, welches auch nach den Neuwahlen noch im Amte verblieben ist, wurde heute im Landtag mit Stimmengleichheit, 23 gegen 23 Stimmen, abgelehnt. Entscheidend war die Stimmenthaltung der drei Kommunisten. Sie hatten sich gegen den Antrag der Rechten auf Abberufung erklärt, brachten aber zugleich ein Mißtrauensvotum gegen die Regierung ein.

Einigung in der Frage der U-Boote

Genf, 5. Juli. Im technischen Komitee der Dreimächtekonferenz kam heute vormittag in der Frage der Unterboote eine Einigung zustande. Das Komitee behandelte sodann noch die Frage der Kreuzer, um zu untersuchen, wie den Bedürfnissen der verschiedenen Mächte in dieser Kategorie am besten Rechnung getragen werden könnte. Das Komitee vertagte sich sodann, um den Delegationen Zeit zu geben, die Frage in allen Einzelheiten zu studieren.

Günstiger Verlauf der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen

Paris, 5. Juli. Havas veröffentlicht ein Communiqué, in dem mitgeteilt wird, daß die deutsch-französischen

Verhandlungen zum Abschluß eines langfristigen Handelsprovisoriums günstig fortgeschritten.

Zugzusammenstoß in Amerika

Newyork, 5. Juli. Im Tale des Hudson, ungefähr 50 Meilen von Newyork entfernt, fuhr ein Schnellzug auf einen Güterzug auf, wobei 4 Personen getötet und etwa 30 verletzt wurden, darunter mehrere Schwere.

Deutscher Reichstag

Berlin, 5. Juli.

Präsident Löbe eröffnet die Sitzung um 14 Uhr und bittet die Freunde der Abg. Frau Jeklin (Komm.), die heute ihren 70. Geburtstag begeht, ihr die Glückwünsche des Reichstags zu übermitteln.

Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs über die Beschäftigung vor und nach der Niederkunft in Verbindung mit dem Washingtoner Uebereinkommen über die Beschäftigung der Frauen vor und nach der Niederkunft.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns empfiehlt die Annahme der Vorlage. Nach Annahme dieses Gesetzentwurfs werde Deutschland in der Frage des Mutterschutzes an der Spitze marschieren. Die Vorlage gebe den werdenden Müttern die Möglichkeit, schon sechs Wochen vor der Niederkunft die Arbeitsstelle zu verlassen. Sie bringe nach der Niederkunft den Anspruch auf Stillstehen und gewähre den Schwangeren und Wöchnerinnen eine Kündigungsschutzfrist.

Die Vorlagen gehen an den Sozialpolitischen Ausschuss. In allen drei Beratungen angenommen werden das Vormundschaftsabkommen und das Nachlassabkommen mit Oesterreich. Die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die Arbeitslosenversicherung wird dann fortgesetzt.

Abg. Aufhäuser (Soz.) erklärt, die Vorlage habe im Anschluß durch sozialdemokratische Anträge eine Reihe wesentlicher Verbesserungen erfahren. Im Gegensatz zu den Landesparlamenten habe der Ausschuss eine Reichsanstalt zum Versicherungssträger gemacht. Das das richtig war, habe gerade der deutsche Einspruch des bayerischen Regierungsvertreter bewiesen. Von einer Gebührendung der Eigenstaatlichkeit der Länder durch die Reichsarbeitslosenversicherung könne keine Rede sein.

Abg. Lambach (D.) erklärt, die Vorlage beweise, daß die Bürgerblock-Regierung ihr Versprechen, gute Sozialpolitik zu machen, so sehr erfülle, daß selbst Herr Aufhäuser nicht mehr daran anzusetzen habe. Die durch die kaiserliche Botschaft von 1884 begründete deutsche Sozialpolitik habe auch ohne die Beteiligung der Sozialdemokratie schon einen großen Ruf in der ganzen Welt gehabt. Mit der Schaffung der Arbeitslosenversicherung werde ein alter Wunsch der Deutschen erfüllt.

Abg. Andre (Ztr.) weist die Auffassung zurück, als ob seit Bildung der neuen Regierung die Sozialpolitik eine rückläufige Bewegung durchgemacht habe. Man brauche nur an das Arbeitsvertragsgesetz, an die Verbesserung der Invalidenversicherung und an die deutsche Vorlage denken. Die Arbeitslosenversicherung sei ein gewaltiger Fortschritt und bedeute kaum eine neue Belastung, da auch schon zur Erwerbslosenfürsorge ähnliche Beiträge gezahlt werden müßten.

Abg. Moldenhauer (D.) beantragt gleichfalls die Verbesserungen, die der Ausschuss an dem Entwurf vorgenommen habe. Die Errichtung einer Reichsanstalt erwecke Bedenken, da mit dieser Anstalt neben den bisherigen Versicherungssträger ein neuer trete, was dem Prinzip der Zentralismus eigentlich nicht entspreche. Der Gedanke der Eschastassen marschiere, auch wenn die Mehrheit des Hauses ihre Zulassung noch ablehne.

Abg. Kädel (Komm.) erklärt, der Abg. Aufhäuser habe für die Vorlage ein Leuchtfeuer machen wollen, habe aber nur ein elendes Strohflecken zustandegebracht. Es werde die Zeit kommen, wo die Sozialdemokratie die Verantwortung für das Gesetz, deren sie sich heute rühme, wieder ableugnen wolle.

Aus Stadt und Land.

Altensteig, den 6. Juli 1927.

Die Gemeinberechnen, Körperschaftsbeamten und Ortsvorsteher des Oberamtsbezirks Nagold haben sich am 4. ds. Mts. in der Krone in Nagold versammelt. Der Versammlung wohnte auch der Herr OA-Vorstand, Herr Ammann Dr. Rauneker und Herr Oberamtspfleger I. R. Rapp an. Seit der letzten Versammlung im Januar ds. Js. hat sich verschiedener Stoff angehäuft und die Tagung ist recht anregend und für alle Teilnehmer befriedigend verlaufen. Im Mittelpunkt der Besprechungen stand die Aufstellung des Voranschlags für 1927, der durch den Rückgang an Ueberweisungen- und Gewerbesteuern und die Ermäßigung der Grundsteuer recht schwierig sich gestaltet. Die Forderung ist allgemein, daß der Staat die Gemeinden und Amtskörperschaften durch Abnahme von Straßen-, Schul- und Fürsorgelasten entlasten soll. Der Einführung der allgemeinen Wertzuwachssteuer und der Biersteuer auch in Gemeinden unter 4000 Einwohnern wird allgemein das Wort geredet. Werden nicht sämtl. Steuern abgeschöpft, so ist zu befürchten, daß solche Gemeinden erheblich niedere Zuschüsse aus dem Ausgleichsstock erhalten. Herr Verwaltungsoffizier Kalmbach in Altensteig trug einen recht wertvollen Bericht des Gemeindevorstandes über seine Forderungen gegenüber der Regierung vor. Der Bericht zeugt davon, daß im Gemeindevorstand tüchtig gearbeitet wird, zum Wohl der kleineren Städte und Landgemeinden und es ist dringend nötig, daß auch die letzte Gemeinde dem Gemeindevorstand vollends beiträgt. Eine sehr lebhaft erörterte Entspannung sich über die Frage, Erhebung von Verzugszinsen bei Steuerrückständen. Die Staatshauptkasse verlangt von den Oberamtspflegern erhebliche Verzugszinsen, die die Oberamtspflege wieder auf die beteiligten Gemeinden unlegen muß. Die Gemeinden sind aus diesem Grunde aber auch im Interesse der gleichmäßigen Behandlung der Steuerzahler gezwungen, ebenfalls Verzugszuschläge zu erheben. Es ist auf die Dauer auch nicht tragbar, daß derjenige Steuerzahler der seinen Verpflichtungen rechtzeitig nachkommt eine weitere Belastung mit den Verzugszinsen der säumigen Steuerzahler bekommt. Die Verzugszinsen in Höhe von 10% sollten in allen Gemeinden erhoben werden. In Noisfällen (Unglück, Krankheit usw.) muß dann in jedem einzelnen Fall schriftlich um Stundung nachgefragt werden. Aber die steuerliche Gerechtigkeit erfordert nunmehr die Erhebung der Verzugszinsen, wofür bis zur nächsten Versammlung Richtlinien ausgearbeitet werden. Der Herr Oberamtspfleger gibt die Steuerlieferungsrückstände von 1926 in Höhe von etwa 20 Prozent bekannt und appelliert bei der Herr Oberamtmann an die Gemeinden ihre Verpflichtungen zu erfüllen. Der Herr Oberamtmann kommt am Schluß noch auf das 8. Schuljahr zu sprechen. Im allgemeinen verhalten sich die Gemeinden gegen die Einführung des 8. Schuljahres nicht ablehnend, wenn finanzielle Mehrbelastungen jetzt und für später damit nicht verbunden sind. Einzelne Gemeinden tragen auch Bedenken wegen späteren Mehraufwendungen für neue Lehrstellen und Schulfälle. Zur Landesversammlung nach Ehlingen wird der Vorsitzende Stadtschultheiß Maier und der Kassier Schultheiß Schmied-Rohrdorf delegiert. In einer kurzen Sonderbesprechung nahmen die Gemeinberechnen zu einigen Spezialfragen Stellung. Sie wollen in 6 Wochen in dieser Frage eine Sonderversammlung veranstalten.

Nagold, 5. Juli. Auf dem gestrigen Markt machte ein Landwirt eine able Erfahrung. Er hatte nämlich den Saal mit seinen zwei gerade erst erworbenen Schweinchen

Die Frau des Adjutanten

Roman von Fr. Lehne

69. Fortsetzung

Nachdruck verboten.

Wie nach dem Abendessen zog sich die Prinzessin zurück.

Adrian hatte sich schon vorher verabschiedet, weil er Stimmung zum Arbeiten fühlte, und so blieb Jolantha sich selbst überlassen. Die Wände ihres Zimmers erdrückten sie beinahe. Sie mußte noch hinaus ins Freie.

Ihr war so weh ums Herz, denn es wurde ihr schwer, von den ihr so lieben Menschen und auch von diesem geeigneten Stück Erde fortzugehen. Wohin ihr Weg sie führen würde, das lag noch im Dunkel. Ohne daß sie es wollte, löste sich schwere Tränen aus ihren Augen. Wie ein verirrtes Vöglein war sie, das keine Heimat mehr hat. Mehr als ein Jahr war nun verstrichen seit jenem Tage, an dem ihrem Glück ein so rasches Ende bereitet wurde. Keine Stunde gab es, in der sie nicht daran gedacht. Die Wunde schmerzte wie am ersten Tag. Nie würde sie sich schleichen, eun nie würde sie aufhören, den zu lieben, der ihr dieses Schwerkreuz angetan.

Wie einsam er jetzt wohl war! Mahnende, vorwurfsvolle Stimmen erhoben sich in ihrem Innern, die sie wegen ihrer Unverträglichkeit anklagten. Mehr, als er ihr entgegengekommen, konnte er nicht, ohne seiner Manneswürde etwas zu vergeben. Er war friedlos und freudlos geworden.

Sie sah vor der Terrasse, an der mit wildem Wein bewachsenen Wand und blickte wehmütig vor sich hin. Unter vorsichtig näherkommenden Schritten knirschte leise der Kies auf dem Wege. Adrian war es.

„Hohet!“ Sie legte die Hand auf das klopfende Herz und starrte ihn an.

„Hier finde ich Sie endlich, Jolantha!“, sagte er leise. „Ich habe Sie schon im ganzen Garten gesucht und drümen am See glaubte ich Sie bestimmt zu finden.“ Sie hörte wohl die Enttäuschung in seiner Stimme — und einen heimlichen Wunsch. „Ach, No-

lantha, ich habe Ihnen ja so viel zu sagen —“

„Um diese Zeit? Jetzt darf ich Hoheit nicht mehr anhören. Morgen, übermorgen —“

Sie schickte sich zum Gehen an.

Doch er vertrat ihr den Weg. „Bis Sie fort sind, Jolantha? Sie wollen mir entschuldigen. Ich weiß alles. Meine Mutter ist sehr böse über Ihre Absicht, uns zu verlassen.“

„Wahre sie den Grund, würde sie mich noch heute haben gehen lassen.“

„Jolantha, Sie sind grausam!“

„Nein, Hoheit, nur vernünftig.“

Der Prinz sagte nach ihrer Hand. „Jolantha, so hören Sie mich doch an! Morgen weichen Sie mir wieder aus — und dann sind Sie fort!“

Angstlich glitten ihre Blicke über das Haus. Dunkel lag es da. In Villa „Seefrieden“ ging man früh zur Ruhe, weil der Tag zeitig begann.

Er war ihren Blicken gefolgt. „Wir sind ungesittet, Jolantha“, sagte er leise.

„Was wollen Sie noch, Hoheit? Ich habe Ihnen doch schon gesagt, daß —“

„Das war ja alles Unfuss! Wenn Sie Adolf wirklich liebten, dann wären Sie doch noch bei ihm! Und er liebt Sie auch nicht, sonst würde er Sie längst geholt haben! Die Frau, die ich liebe, lasse ich nicht von meiner Seite. Im sichersten Versteck wählte ich sie zu finden. — Und Sie sind jetzt frei von ihm. — Jolantha — und ich liebe dich! Hab doch Erbarmen! Die Sehnsucht nach dir verbrennt mich!“

Er fiel vor ihr nieder und barg sein Gesicht in ihren Kleiderfalten.

Sie legte die Hand auf seinen dunklen Kopf. Er tot ihr leid. „Hoheit, es kann doch nicht sein! Bestimmen Sie sich doch!“ sagte sie weich. „Denken Sie an Ihre Mutter!“

„Meine Mutter will nur mein Glück und das bist du, Jolantha, das ist dein Mund, deine Augen, dein Haar, du bist Frau!“

„Ob die Frau Prinzessin ebenfalls in mir Ihr Glück sieht, das bezweifle ich sehr.“

„Ich werde sie davon überzeugen. Denn du bist die einzige Frau, Jolantha, die ich heiraten kann. Ich

werde um dich kämpfen und sie muß nachgeben —“

„Wollen Sie noch mehr Opfer von Ihrer Mutter verlangen, Prinz Adrian, als sie Ihnen schon gebracht hat?“ fragte sie eindringlich. „Das Leben Ihrer Mutter ist bisher nur ein Leben für Sie gewesen. Sie hat Ihnen mehr geopfert, als Sie ahnen. Sie hat auf ein neues Glück verzichtet — um Ihre Willen, Prinz Adrian. Schweigend brachte die Mutter dem Kinde dieses schwerste Opfer, und nun ist es an Ihnen, sich auch einmal erkenntlich zu zeigen. Auch die Mutter liebt ihre Grenzen, und hier, mein Prinz, beginnt Ihre Pflicht. Ein solches Opfer können Sie nicht von Ihrer Mutter verlangen, daß sie eine geliebte Frau als Tochter anerkennt. Bekämpfen Sie also Ihrer Mutter zuliebe Ihre ungeliebte Religion, die ihr nur Kummer bereiten würde. — Und was nützt es Ihnen, wenn Sie sich ein Weib ertragen, das mit einem leeren, toten Herzen an Ihrer Seite lebt? Eines Tages würde Ihnen diese Erkenntnis eine schwere Enttäuschung bringen — und Sie hätten nichts dafür eingetauscht, daß Sie das zärtlichste, beste aller Mutterherzen bis in den Tod betrübt und die seltsame Harmonie Ihres Zusammenlebens zerstört hätten.“

Sie hatte mit beschwörender Stimme gesprochen. Ihr weiches Gesicht trug einen fast überirdischen Ausdruck, als sie ihm jetzt die Hand entgegenstreckte.

„Nicht wahr, Prinz Adrian, Sie sehen ein, daß ich recht habe? Und Sie werden diese Stunde zwischen uns vergessen, damit ich nicht auf Ihre Freundschaft und die Liebe der Frau Prinzessin verzichten muß, die mir so wertvoll sind — das Einzige, was ich noch habe!“

„Eben darum, Jolantha! An meinem Herzen sollen Sie alles vergessen, was Sie Trübsal erfahren.“

„Nein, Prinz Adrian, Sie müssen ein Wesen zur Seite haben, das noch ein unbeschriebenes Blatt ist, das Ihnen viel, viel Liebe entgegenbringt und Zärtlichkeit, dessen Herz Sie allein ausfüllen! — Das alles kann ich Ihnen nicht geben. Ich habe abgelehnt mit meinem Leben. Zu viel hab ich gelitten. Ich bin müde geworden.“

(Fortsetzung folgt.)



in die Regelbahn einer hiesigen Wirtschaft gestellt und mußte nachher feststellen, daß eins von den beiden verschwunden war. Man kann sich seinen Schreck vorstellen.

Regold, 5. Juli. (Aus der Gemeinderatsitzung vom 1. Juli 1927.) Mittelsungen: Bekannt gegeben werden einige Erlasse. Weiter wird mitgeteilt, daß die Oberamtspflege ihre Vorkriegsschulden bei der Kreisfiskusstelle in Höhe von 750 000 Mark mit 15 Proz. aufzinsen. Das Aufwertungsanleihe mit 675 000 Mark wird vom 1. Januar 1928 ab mit 5 Proz. verzinst. — Bau- und Straßenarbeiten: Friedrich Baum, Baumeister hier will um die Genehmigung, vom Bahnübergang auf der Böschung der Eisbergstraße bis zur Weingartenstraße einen Fußweg anlegen zu dürfen, nachzuden. Unter bestimmten Bedingungen wird dem Gesuch entsprochen, da der Fußweg einem allgemeinen Verkehrsbedürfnis entspricht, wird die spätere Uebernahme in die Unterhaltung der Stadt in Aussicht gestellt. — Fortschaffen: Dem Gehilfen E. H. S. bei der Städt. Forstverwaltung wird der Titel eines Kassenkassiers verliehen. Zur Arrondierung des Stadtwaldes sind von Wilhelm Schuler, Schreinermeister's Eheleuten 31 ar 13 qm Kadelwald hinter dem Golgenberg zum Preis von 2500 RM. erworben worden. Der diesbezügliche Vertrag wird genehmigt. — Sammlung für die Hochwassererschädigten: Die eingeleitete öffentliche Sammlung für die durch die Wolkenbruchkatastrophe vom 6. Mai Geschädigten ergab bis jetzt mit Einschluß eines Beitrags der Zentralisierung für Wohltätigkeit in Württemberg von 5000 RM., den Betrag von 21318 RM. Verteilt wurden 16297 RM., der Gemeinde Gmünnen wurden zur Beitragsleistung für ihre Wolkenbruchgeschädigten 1500 RM. überwiesen, jedoch eine Rückstellung von 851 RM. verbleibt, aber die erst später verfügt werden soll. Allen Spendern aus nah und fern, den Gemeinden, Körperchaften, Vereinen und Privaten, sowie den Sammelstellen, der Hauptamtsstelle des Herrn Stadtplatzers Benz und dem Herrn Oberamtmann sei auch an dieser Stelle herzlich Dank gesagt. Die Schäden der hiesigen Privatleute sind auf rund 65000 RM. festgesetzt worden und sie konnten durch die Beiträge aus der Sammlung entfernt nicht gedeckt werden. Die Stadt selbst hat für Aufstümmungsarbeiten und zur Wiederherstellung von Straßen, Feld- und Waldwegen, Kanäle im 50-600000 RM. aufzuwenden. Hierzu kommen die vielen Schäden von Einwohnern die nicht angemeldet worden sind, die Schäden an Äufern und Wäldern und nicht zuletzt die großen Beschädigungen im Wald und im Röhrenbach, jedoch der Gesamtschaden mit einer Viertelmillion nicht zu hoch geschätzt ist. Allen denen, die sich bei der Katastrophe und der Sammlung in den Dienst ihrer Mitmenschen gestellt haben, und nicht schon früher genannt sein sollten, und auch den vielen wo in der Stille gewirkt haben, sei noch besonderer Dank gesagt.

Calw, 5. Juli. Gestern fand unter dem Vorsitz von Dekan Jeller und in Anwesenheit von Prälat Schöll der Bezirks Kirchentag im Vereinshaus statt. Eingeleitet wurde der Tag durch einen Gottesdienst am Sonntag abend in der Stadtkirche mit Predigt von Pfarrer Abel in Hirsau und daran anschließend mit einer gemeinsamen Abendmahlsfeier und einem Gemeindefest mit einem Vortrag von Prälat Schöll über die Tagung des Evg. Kirchenbundes in Königsberg. Am Montag morgen begannen die Verhandlungen im Vereinshaus, wobei 26 Geistliche und 41 weltliche Abgeordnete sowie eingeladene Gäste anwesend waren. Die Beratung und Festsetzung des Haushaltsplanes für 1927 ging glatt von statten. Bei den beiden Kirchenkollekten für die kirchliche Bezirkskassette gingen rund 1100 M. ein. Bittgesuche lagen von 9 Gemeinden vor. Berücksichtigt werden Holzbronn mit 300 M., Neulengstett mit 300 M. und Agenbach mit 500 M. Beitrag. Javelstein erhält zur Einrichtung einer Krankenpflegestation 240 M. Die kirchlichen Gebäude werden von den beiden Oberamtsbaumeistern im Anschluß an die Feuerchau regelmäßig untersucht. Dekan Jeller erstattete sodann einen eingehenden Bericht über die Veränderungen im Kirchenbezirk, über kirchliche Bauten, Gottesdienst und Hausandacht, Bibelkunde, Jugend und Wohlfahrtspflege, Religions- und Konfirmandenunterricht, Abendmahlsstatistik 1925-1926, Austritte und Seltene und über Kirchensteuer.

Widdbad, 4. Juli. (Ausflug.) Der Verein Württ. Zeitungsverleger, der am Sonntag in Freudenstadt tagte, machte im Anschluß hieran heute bei herrlichem Wetter eine äußerst genussreiche Autofahrt durch den Schwarzwald, von Freudenstadt über das Wurgtal zur Schwarzenbach-Talsperre und von da über Gernsbach—Herrenalb—Döbel hierher, wo eine Besichtigung der Papierfabrik unter freundlicher Führung von Direktor Brigelmaier und Angestellten stattfand. Dieser Rundgang durch die Fabrikanlagen und die Befolgung der Fabrication des Zeitungspapieres war für die Zeitungsverleger von großem Interesse. Auch zur Besichtigung der staatlichen Badeanstalten war Gelegenheit geboten. Im Badhotel fand ein von der Deutschen Verlagsgesellschaft Stuttgart als Inhaberin der Papierfabrik gebotenes Essen statt, an welchem zur Freude der Zeitungsverleger und zur besonderen Freude der Stadtverwaltung Widdbad auch Innenminister Holz mit Gemahlin teilnahm. Im Anschluß fand auf Einladung der Stadtverwaltung mit der Bergbahn eine Fahrt auf den Sommerberg zum Kaffee statt. So fand die Tagung der Zeitungsverleger hier einen schönen und unergesslichen Ausklang und allen Teilnehmern wird der Aufenthalt in der schönen Badestadt Widdbad unvergesslich sein.

Lüdingen, 5. Juli. (75. Geburtstag.) Die frühere Passafeldame der Königin, Gräfin Olga von Uexküll, lebt noch die beste Freundin und treue Beraterin der früheren Königin, vollendet am 4. Juli ihr 75. Lebensjahr. Sie hat sich große Verdienste auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege und der Frauenbildung erworben.

Lauffen a. N., 5. Juli. (Reges Kartoffelgeschäft.) Im Frühkartoffelgeschäft herrscht hier Hochbetrieb. Die Landw. Kredit- und Warengesellschaft versendet täglich mehrere Waggons Frühkartoffeln nach allen Richtungen. Daneben sieht man Händler mit Lastautos auf die Acker fahren, um die Knollen direkt vom Erzeuger zu holen. Wenn man bedenkt, daß von einem Viertel Morgen vielfach jetzt 20 Ztr. Kartoffeln zum Preis von gegenwärtig 11 M. per Zentner geerntet werden, und daß die abgeernteten Felder, die sofort wieder angeflutet werden, noch einen weiteren Ertrag an Futter und dergl. abwerfen, so kann der Landwirt mit dem Ergebnis wohl zufrieden sein.

Beizlosen O. A. Saulgau, 5. Juli. (Todesfall.) Nach längerem Leiden starb Landtagsabgeordneter und Schultheiß a. D. Johann Sommer in Beizlosen. Der Verstorbene gehörte dem württ. Landtag in der Zentrumsfraktion als Vertreter unseres Bezirkes von 1896 bis 1924 an und war als sehr tätiges Mitglied der verschiedensten Kommissionen geschätzt. Von 1879 bis 1920, also über 40 Jahre, stand er als Schultheiß seiner Heimatgemeinde musterhaft vor.

Bergatreute O. A. Waldsee, 5. Juli. (Verbrannt.) Vergangenen Sonntag wurde das 4 1/2-jährige Kind Maria des Adlerwirts Brauchle beerdigt. Das Kind war am Peter-Paul-Tag in einem unbewachten Augenblick dem Herdfeuer so nahe gekommen, daß die Kleider Feuer gefangen hatten. Den Brandwunden, die es dabei erlitt, ist das Kind dann erlegen.

Singen a. S., 5. Juli. (Beerdigung des Opfers der Singener Bluttat.) Unter ungewöhnlich großer Teilnahme der hiesigen Bevölkerung fand die Beerdigung des Opfers der Bluttat im hiesigen Krankenhaus, der Schwester Hildebrand von Oberdorf statt. Der Märder Geiger wurde nach einem Lokaltermin ins Landesgefängnis Freiburg übergeführt. Bei dem Lokaltermin trug er ein verstocktes zynisches Wesen zur Schau. Der bei der Bluttat gleichfalls verlegte Wachtmeister Geiger befindet sich wieder auf dem Wege der Besserung.

Minister Holz über die Presse

Auf der Hauptversammlung des Vereins Württ. Zeitungsverleger, die am Sonntag in Freudenstadt stattfand, hat Innenminister Holz sich in einer bemerkenswerten Rede über die Presse verbreitet. Er führte u. a. aus: Die Presse — ein kurzes Wort, aber „ein kompliziertes Ding“. Aus dem handwerklichen Unternehmen des Buchdruckers ist die Presse unter Jubelstimmungen und der Entwicklung des Journalismus, des berufsmäßigen Zeitungsschriftstellers, zu der anerkannten geistigen Macht geworden. Es gibt nichts, das nicht die Presse in ihren Aufgabensphären löse. Als eine zweite Besonderheit der Einstellung zur Presse möchte ich aufmerksam machen auf das Verhältnis, das die politische Verantwortlichen zur Presse suchen. Verhältnismäßig neu, zum mindesten bei uns in Deutschland, ist das Bestreben, zur Gesamtheit der Presse in häuslichen persönlichen und sachlichen Verkehr zu treten. Den Ausbau dieser Art der Beziehungen zwischen Staatsleitung und Presse halte ich für eine dringende und fruchtbare Aufgabe.

Ein Mittel, dem gemeinsamen Ziele der Presse: dem Wohl des Vaterlandes zu dienen, näher zu kommen, die Gegensätze abzuschleifen, die Kritik auf das Sachliche und Wesentliche einzustellen, das Gemeinsame herauszuheben, ist eben die enge Beziehung, die rechtzeitige und vollständige Aufklärung der Presse über die Absichten und Ziele einer Staatsleitung. Leider fehlt bei uns diese Entwicklung noch im Anfang. Mit aber als eine der vornehmsten Aufgaben im Dienst zum Wohl des Vaterlandes sehe ich die Aufgabe, der Presse in folgendem: Die Wahrheit zu finden und die Wahrheit zu sagen. Die Wahrheit suchen und die Wahrheit finden ist in der heutigen Zeit besonders schwer, nachdem sowohl auf politischem als wirtschaftlichem und gesellschaftlichem Gebiet ein Versuch mit der Bergangenheit vollzogen worden ist. Aber noch schwerer als die Wahrheit zu finden und zu sagen ist für die Presse, die Wahrheit zu sagen. Und ich darf behaupten, daß es in der heutigen Zeit mit ihren politischen Fortschritten noch schwerer geworden ist als in der Bergangenheit. So sehr unser heutiges politisches System die Verbindung mit dem Volke öffnet, so sehr ist auch unsere ganze Politik durch das parlamentarische System in eine starke Abhängigkeit geraten. Man darf wohl die Frage aufwerfen, wo noch Freie und Unabhängige in unserer politischen Leitung und in unserer Presse sitzen, die erkannte Wahrheit mit voller Offenbarkeit sagen dürfen. Der stillschweigend bestehende Zeitungsmanuskriptvertrag, der den Mut aufbringt, seine Wahrheit, das was er als Wahrheit erkennt, offen und frei zu sagen. Er ist der beste Diener seines Volkes, er arbeitet im besten Sinne auf die Dauer am Wohle seines Vaterlandes. Und so darf ich meine Ausführungen schließen mit dem Wunsche, jeder, der im öffentlichen Leben arbeitet, sei es in der Politik oder in der Presse, seine erste und höchste Pflicht möge er nicht vergessen, der Wahrheit zu dienen und damit dem Wohle unseres Volkes.

Kleine Nachrichten aus aller Welt.

Familien-drama. In Mühlheim (Ruhr) erschloß eine mit einem Arbeiter zusammenwohnende Ehefrau ihre 7-jährige Tochter, ermüdete ihr neugeborenes Kind und erschloß sich dann selbst mit einer Armeepistole, weil sie sich von ihrem Geliebten verlassen fühlte. Seinen Vater erschossen. Nachts erschloß in der Reimstraße in Dessau der Boyer Alfred Koch seinen Vater nach vorausgegangenem Streit und stellte sich der Polizei. Koch gibt an, in Notwehr gehandelt zu haben. Unglücksfälle am amerikanischen Unabhängigkeitstage. Ein Telegramm der „Chicago Tribune“ aus New York berichtet, daß die Menschenanstellungen gelegentlich der Festlichkeiten zur Begehung des Unabhängigkeitstages an verschiedenen Punkten der Vereinigten Staaten zu Unglücksfällen führten. Es seien insgesamt 20 Personen ums Leben gekommen, davon 12 ertrunken und acht überfahren.

Bermischtes.

Bezeichnung der unständigen Lehrer im Volksschuldienst. Nach einer Verordnung des Kultministeriums über die Bezeichnung der unständigen Lehrer im Volksschuldienst führen Lehramtsbewerber (Lehramtsbewerberinnen), die als Hilfsarbeiter, Amtsverweiser oder Stellvertreter im Volksschuldienst verwendet sind, die Bezeichnung „Lehrer“ („Lehrerin“). Im innerdienstlichen Verkehr kann die Bezeichnung durch einen Zusatz ergänzt werden, die die dienstliche Stellung näher kennzeichnet (Hilfslehrer, Amtsverweiser, Stellvertreter). Diese Bestimmungen gelten sinngemäß bei Verwendung an einer Lehrerbildungsanstalt, einem Waisenhaus oder einer Taubstummenanstalt.

Die neuen Beiträge zur Invalidenversicherung. Nach dem Reichsgesetz vom 8. April 1927 betragen die Invalidenversicherungsbeiträge vom 27. Juni 1927 an in: Lohnklasse 1 bei einem Wochenverdienst bis zu 6 Mark wöchentlich 30 Pfennig, Lohnklasse 2 bei einem Verdienste von mehr als 6 bis zu 12 Mark wöchentlich 60 Pfennig, Lohnklasse 3 bei einem Verdienste von mehr als 12 bis zu 18 Mark wöchentlich 90 Pfennig, Lohnklasse 4 bei einem Verdienste von mehr als 18 bis zu 24 Mark wöchentlich 120 Pfennig, Lohnklasse 5 bei einem Verdienste von mehr als 24 bis zu 30 Mark wöchentlich 150 Pfennig, Lohnklasse 6 bei einem Verdienste von mehr als 30 Mark wöchentlich 180 Pfennig. Beiträge für die Zeit vor dem 27. Juni 1927 sind vom 1. August 1927 an nach den neuen Vorschriften zu entrichten. Beitragsmarken alten Wertes sind daher bei der Post und bei der Landesversicherungsanstalt nur noch bis zum 31. Juli 1927 erhältlich. Die Arbeitgeber und die Versicherten haben deshalb das größte eigene Interesse daran, daß die Beitragsentrichtung für die Zeit vor dem 27. Juni 1927 spätestens bis 31. Juli 1927 in Ordnung gebracht wird. Bei der freiwilligen Versicherung (Selbst- und Weiterversicherung) sind Marken, in der dem Einkommen des Versicherten entsprechenden Lohnklasse, mindestens aber in der Lohnklasse 2 (60 Pfennig) zu verwenden. Es wird weiter darauf hingewiesen, daß nach dem neuen Gesetz Witwenrente nach dem Tode des versicherten Mannes die Witwe nicht nur dann erhalten kann, wenn sie infolge von Krankheit oder anderen Gebrechen dauernd invalide ist, sondern auch wenn sie das Alter von 65 Jahren vollendet hat. Ferner wird für Invalidenrentner, die am 1. Januar 1912 bereits dauernd invalide gewesen und es seitdem geblieben sind, vom 1. April 1927 ab der Kinderzuschuß und die Hinterbliebenenfürsorge dann gewährt, wenn der Anspruch auf die Invalidenrente bis zum 1. Januar 1924 fortbestanden hat. Voraussetzung für die Gewährung dieser Renten oder Kinderzuschüsse ist, daß ein entsprechender formgerechter Antrag gestellt wird.

Das Schwabenland, ein auf Kunstdruckpapier hergestelltes, 12seitiges Halbblatt mit einer Beschreibung des württ. Schwarzwaldes, des württ. Neckarlandes, von württ. Hohenlohe-Franken, dem Schwäb. Wald, der Schwäbischen Alb mit ihren Burgen und Felsenjungen und von Oberschwaben bis zum Bodensee und Allgäu ist soeben erschienen. Es ist mit 14 hübschen Ansichten des schönen und mannigfaltigen Schwabenlandes ausgestattet. Den Titel schmücken Bilder vom Felsenschloß Lichtenstein und von Heilbronn am Neckar. Das Halbblatt ist kostenlos zu beziehen vom Verkehrsverband Württemberg-Hohenlohe (Stuttgart, Hauptbahnhof.)

Gerichtssaal

Kommissionenprozeß

Stuttgart, 5. Juli. Die Vernehmung der Angeklagten ist jetzt in der Hauptsache beendet. Im Rantion wurde noch einmal der Angeklagte Daniel vernommen, der erneut versicherte, daß die Rote Hilfe einen überparteilichen Charakter gehabt habe und daß er Unterstützungen nur den Angehörigen von deutschen politischen Flüchtlingen, aber nicht diesen selbst, gewährt habe. Anträge der Verteidigung auf Zurückziehung von Beweismaterial gegen Daniel, das nur der Prozeßverschleppung diene, wurden abgelehnt. Als erster Zeuge wurde dann der Metallschleifer Karl Seidenreich vernommen, der wegen Vorbereitung zum Hochverrat mit 2 Jahren Gefängnis verurteilt ist. Er will sich an frühere Aussagen nicht mehr erinnern und behauptet, von dem Zeugen Diener und Könia, die jetzt als Polizeispiegel beschuldigt werden, in der Gefängniszelle zu seinen früheren Aussagen gezwungen worden zu sein.

Handel und Verkehr.

Börsen

Berliner Börse vom 5. Juli. Die freundliche Grundstimmung hat sich auch auf die heutige Börse übertragen. Dinsu kommt die weitere Erleichterung am Geldmarkt, die, wenn auch nur langsam, doch sichtbare Fortschritte macht. Auch die Großspekulanten nehmen von umfangreicheren Engagements Abstand und begnügen sich mit kleineren Tagesgewinnen. Kleine Deckungen hatten Durchschnittsbewertungen von 1-2 Proz. gegen gestern zur Folge. Wandbriefe haben etwas mehr Gehalt aber wenig veränderte Kurse. Am Devisenmarkt ist die Nachfrage eher im Zunehmen begriffen, das Gehalt jedoch nur bei geringen Veränderungen sehr still. Am Geldmarkt hört man einen Tagesgeldsatz von 7-8,5 Proz., Monatsgeld 8-9 Proz., der Privatdiskont wurde, obwohl das Angebot heute etwas größer war, unverändert gelassen.

Märkte

Stuttgarter Schlachtviehmarkt vom 5. Juli. Jungvieh waren 52 Ochsen, 32 Bullen, 356 Jungbullen; 320 Jungrinder, 155 Kühe, 2009 Schweine, 1060 Kälber, 1 Schaf. Ackerkauf blieben 5 Ochsen, 40 Bullen, 40 Jungbullen, 40 Jungrinder, 15 Kühe, 500 Schweine. — Es kosteten per 50 Kg. Lebendgewicht:

Table with 4 columns: Döfen, Bullen, Jungrinder, Kühe, Kälber. Rows show prices for different grades (1. Güte, 2. Güte, 3. Güte, 4. Güte).

Schweine über 300 Pfund 56-57, von 240-300 Pfund 56-58, von 200-240 Pfund 57-59, von 100-200 Pfund 56-57, von 12-100 Pfund 54-56; Sauen 42-50. Verkauf: Grosvieh und Kälber mäßig befehrt, Schweine schleppend, Ueberstand. Stuttgarter Wochenmarkt. Auf dem Obstmarkt ist das Preisniveauangebot immer noch sehr groß. In reichem Maße kommen Himbeeren, Trauben und Stachelbeeren herein. Für Preislinge wurden überwiegend 40-50 J. das Pfund gefordert; Himbeeren kosteten 40-50 J., Stachelbeeren meist 25, Trauben 25-30 J., Heidelbeeren 40-45 J., Kirchen überwiegend 40-42 J. das Pfund. Ausländische Birnen waren zu 25 J. Pfirsiche und Aprikosen zu 40-48 J. das Pfund brutto feil. Landbutter 1,50 M., Zentrifugenbutter 1,60 M., Rollerei- und Süßrahmbutter 1,80-2 M.

Karlsruhe, 4. Juli. (Schlachtriviermarkt.) 55 Ochsen, Preis 50 bis 62, 32 Bullen 50-56, 29 Kühe 20-45, 139 Färsen 50-64, 75 Kälber 60-82, 1380 Schweine 50-64. Beste Qualität über Notis besetzt. Tendenz: Bei Großvieh und Kälbern langsam, jedoch geträumt, bei Schweinen rubig, Ueberstand.

Getreide

Berliner Produktionsbörse vom 5. Juli. Weizen märt. 286 bis 286,5, Roggen märt. 260-262, Gerste 240-273, Hafer märt. 252-259, Mais prompt Berlin 185-187, Weizenmehl 36,5 bis 38,5, Roggenmehl 34,5-36,5, Weizenkleie 13,5-13,75, Viktoriaerbsen 44-56, H. Speiseerbsen 28-32, Futtererbsen 22-23, Altkornerbsen 22-23, Widen 22-24,5, Lupinen, blaue 15-16, gelbe 16-18, Rapskuchen 15,40-15,80, Leinöluchen 19,80-20, Trockenkorn 12,50-13,10, Kartoffelkoden 33,20-33,50. Tendenz: schwächer.

Wirtschaft.

Leinwäcker Holzindustrie AG. i. L. im Leinwäcker. In der Geschäftsabrechnung auf 28. Januar 1927 wird ein Verlust von 90.649 M., einschließlich Verlustvortrag von 1926 in Höhe von 90.214 M. ausgewiesen. Unter den Aktiven stehen Kasse 464, Debitoren 60.000, weitere Debitoren 13.558; gegenüber stehen Bankschulden 26.895, Kreditoren 7.017, RSt. 90.000.

Märkte

Nagold, 5. Juli. (Marktbericht vom 4. Juli 1927.) Viehmarkt: Zufuhr Stüd. 2 Ochsen, 10 Stiere, 32 Kühe, 59 Rinder und trächtige Kalbinnen, 31 Schmalvieh. Verkauf Stüd.: 0 Ochsen, 4 Stiere, 23 Kühe, 85 Rinder und trächtige Kalbinnen, 24 Schmalvieh. Preis pro Stüd.: Stiere 248-300 M., Kühe 290-350 M., Rinder und trächt. Kalbinnen 300-720 M., Schmalvieh 200-295 M. Handel schwach. - Schweinemarkt: Zufuhr Stüd.: 480 Milchschweine, 223 Mäuserchweine. Verkauf Stüd.: 219 Milchschweine, 221 Mäuserchweine. Preis pro Paar: Milchschweine 32-48 M., Mäuserchweine 48-116 M. Zufuhr Hart. Handel gedrückt. - Fruchtmarkt: Verkauf: 40,64 Ztr. Weizen, 6,89 Ztr. Dinkel, 12,20 Ztr. Gerste, 19,25 Ztr. Hafer. Preis pro Ztr.: Weizen 16,50-17 M., Dinkel 11,00 M., Gerste 14 M., Hafer 13 M. bis 14 M. Bei lebhaftem Handel, in kurzer Zeit alles verkauft.

Letzte Nachrichten.

Die Frage des Reichsschulgesetzes.

Berlin, 6. Juli. Mehrere Blätter zufolge beschäftigt sich das Reichskabinett gestern nachmittag mit dem Reichsschulgesetzentwurf. Die Beratungen, die sich in der Hauptsache um die Frage der Simultanschulen drehen, sollen heute fortgesetzt werden.

Mietserhöhung bis 160 v. H.

Berlin, 6. Juli. Die „Vossische Zeitung“ weiß mitzuteilen, daß die Reichsregierung bezw. das Reichsarbeitsministerium, soeben eine umfangreiche Denkschrift fertiggestellt habe, die bisher nur den Mitgliedern des Wohnungsausschusses des Reichstages zugestellt worden sei.

Die Schrift behandelt u. a. Fragen des Wohnungsbaues, insbesondere der Neubauwohnungen und die zukünftige Mietgestaltung in den Altbauten. Ausgehend von der zu Anfang ds. Jz. beschlossenen Erhöhung der Altmieten auf zunächst 110 v. H. und ab 1. Oktober auf 120 v. H. der Friedensmiete wird in der Denkschrift gesagt, daß man gezwungen sein werde, im Laufe der Zeit entsprechend der wirtschaftlichen Entwicklung eine Stabilisierung der Altmieten auf 130 bis 160 v. H. vorzunehmen.

Töblicher Jagdunfall.

Berlin, 6. Juli. Als der Berliner Kaufmann Wollbrandt in Kirchmöser bei Brandenburg a. d. Havel nach beendeter Entenjagd aus dem See ans Land steigen wollte, verhasste sich sein Gewehr so unglücklich am Boot, daß ein

Schuß losging. Die volle Schrotladung traf ihn in den Kopf und tötete ihn auf der Stelle.

Unfall eines französischen Torpedobootes.

Paris, 5. Juli. Das Torpedoboot „Bouclier“, das heute vormittag aus Toulon mit Mitgliedern des Flotten- und Kolonialbundes an Bord zu einer Unterichtsreise ausgelaufen war, ist in der Nähe von Cap Sici gestrandet. Die Insassen des Schiffes konnten in Sicherheit gebracht werden. Bisher ist es nicht gelungen, das Schiff wieder flott zu machen.

Ueber 1000 Briefe untergeschlagen.

Erfurt, 5. Juli. Der seit 32 Jahren bei der Reichspost beschäftigte Postassistent Bomberger hatte seit Herbst 1925 bis zu seiner Verhaftung am 25. Mai 1927 fortgesetzt Briefe untergeschlagen, beraubt und vernichtet. Obgleich er auf diese Weise mindestens 1000 Briefe beseitigte, erbeutete er nur im ganzen etwa 300 Mark. Das Große Schöffengericht verurteilte ihn zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus und 300 Mark Geldstrafe oder weiteren 10 Tagen Zuchthaus und 10 Jahren Ehrverlust, sowie dauernder Unfähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Sauer, Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.

Bestellungen

auf unsere Schwarzwälder Tageszeitung „Aus den Tannen“ mit dem beliebten „Schwarzwälder Sonntagsblatt“ können fortgesetzt gemacht werden.

Zahlungs-Aufforderung

Diejenigen Personen, die mit der Bezahlung von Holzgeldern, Pacht, Miete, Stromgebühren, Gras, Obst und Rechnungen des Elekts. Werks noch im Verzug sind, werden aufgefordert, ihre Rückstände

bis spätestens 30. ds. Mts.

zu bereinigen. Nach Ablauf dieser Frist wird, sofern nicht Stundung durch den Gemeinderat nachgewiesen wird, zwangsweise Beitreibung eingeleitet werden.

Altensteig-Stadt, den 5. Juli 1927.

Stadtpflege: Krappf.



Für die

Einmachzeit

empfehlen

Bergament-Papier

in Bogen und

Salichl-Bergamentpapier

in Rollen, die

W. Rieker'sche Buchhdlg., Altensteig.



Verkaufe ein Paar 27 Ztr. schwere, gute

Zug-Ochsen

Matth. Haas, Frutenhof bei Dornstetten.

Der gute Ton

in allen Lebenslagen

Wink für junge Leute

Preis 50 Pfennig.

Zu haben in der W. Rieker'schen Buchhandlung

Bade-Anzüge
" -Solen
" -Mützen
" -Schuhe
" -Tücher

Reinh. Haner

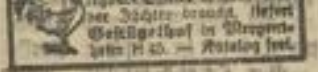
Zugelaufen



ist mir beim Musik-Fest in Altensteig ein Dachshund.

Der Eigentümer kann denselben abholen bei

Früh Kohler, Ebenhansen.



Reißzeuge!

in solider Ausführung und großer Auswahl empfiehlt die

W. Rieker'sche Buchhdlg.

Gestorbene:

Glatten: Johannes Metz, Zimmermann, 65 J.

- 8 Dienstmädchen für Küche und Haushalt.
- 8 Dienstmädchen für Haus und Landwirtschaft.
- 8 Dienstmädchen.
- 3 Viehfütterer.
- 1 Schweizer, einige jüngere Fertigmacher, die polieren können, für sofort gesucht

Den 5. Juli 1927.

Bezirksarbeitsamt Nagold.

Messing-Pfannen

- Stahlpfannen
- Flädlepfannen
- Stahlbräter(Silit)
- Eisemall.Häfen
- Waffeleisen

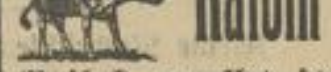
empfehlen billigst

Paul Frey

Kupferschmied, Altensteig.

Wart

Eine starke, hochtrachtige



Kalbin

(Rotscheck), angewöhnt, sehr dem Verkauf aus

Dürr z. Hirsch.



Göttelfingen

Dankagung.



Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Hinscheiden meines lb. Vaters, unseres treubeforgten Vaters, Bruders und Schwagers

Georg Finkbeiner

Schmiedmeister

erfahren durften, insbesondere für die trostreichen Worte des Herrn Pfarrers Hermann, für den erhebenden Gesang des Männerchors unter Leitung des Herrn Oberlehrers Weller, für die vielen Blumenpenden und die zahlreiche Begleitung zu seiner letzten Ruhestätte, sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Wegen vorgerückter Saison gewähre ich von heute ab, trotz der sehr billigen Preise, auf die noch in großer Auswahl vorhandenen

Sommer-Kleider Mäntel Kleiderstoffe

10% Rabatt

Christian Schwarz, Nagold Bahnhofstr.